

Zeitschrift:	Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber:	Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band:	47 (1967-1968)
Heft:	1
Artikel:	Die Renaissance des Rechtsradikalismus und Nationalismus in der Bundesrepublik
Autor:	Wasser, Hartmut
DOI:	https://doi.org/10.5169/seals-161976

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 17.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

«Der Patriotismus des Deutschen besteht darin, daß sein Herz enger wird, daß es sich zusammenzieht wie Leder in der Kälte, daß er das Fremdländische haßt, daß er nicht mehr Weltbürger, nicht mehr Europäer, sondern nur ein enger Deutscher sein will. Da sahen wir nun das idealische Flegeltum, das Herr Jahn in System gebracht; es begann die schäbige, plumpe, ungewaschene Opposition gegen eine Gesinnung, die eben das Herrlichste und Heiligste ist, was Deutschland hervorgebracht hat, nämlich gegen jene Humanität, gegen jene allgemeine Menschenverbrüderung, gegen jenen Kosmopolitismus, dem unsere großen Geister, Lessing, Herder, Schiller, Goethe, Jean Paul, dem alle Gebildeten in Deutschland immer gehuldigt haben.»

Aber wer so spricht, gilt eben kaum als Patriot, auch nicht als Weltbürger, sondern als «wurzelloser Intellektueller». Worauf es jedoch ankäme, was endlich verwirklicht werden müßte, das wäre eine Vereinigung dessen, was in Deutschland noch immer oder bereits wieder als abgründig geschieden erscheint; es wäre ein Patriotismus in weltbürgerlicher Absicht.

Die Renaissance des Rechtsradikalismus und Nationalismus in der Bundesrepublik

HARTMUT WASSER

Die Schweizerische Bundesanwaltschaft hat kürzlich gegen Friedrich Thielen, Vorsitzenden der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD), und dessen Stellvertreter Adolph v. Thadden die Einreisesperre verfügt (NZZ, 3. 2. 67, Abendausgabe, Nr. 466).

Die Redaktion

Seit die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) im vergangenen Jahr einige beachtliche Wahlerfolge errungen hat, verbreitet sich im Ausland (im Lager der politischen Gegner wie der Verbündeten der Bundesrepublik) die Furcht vor einem neonationalistischen Radikalismus in Deutschland; dieser Furcht korrespondieren wachsende Zweifel bei Politikern, Parteien und anderen Gruppen der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit, inwieweit auf die bislang fraglos angenommene Stabilität der zweiten deutschen Demokratie in Krisenzeiten zu bauen sei. Wenn die Kurse deutscher Aktien an der New Yorker Börse fallen, weil einige NPD-Abgeordnete in die Landesparlamente von Bayern und Hessen einziehen — der Londoner «Evening Standard» daraus ein «unheimliches Naturgesetz»

ableitet, «daß Deutschland alle 20 Jahre aus seiner schwerfälligen bürgerlichen Redlichkeit aufgerüttelt wird und etwas unternimmt, das die Welt erschauern läßt» —, die Reaktionen der etablierten deutschen Parteien in ihrem Schwanken zwischen der Forderung eines raschen Verbots der NPD und der Methode des Totschweigens und Übergehens der «Nationalen Opposition» deutlich die Ratlosigkeit der gewandelten Situation gegenüber demonstrieren, hilft die übliche Beschwörung des Sprichwortes nicht mehr weiter, jeder (das heißt die anderen Nationen) möge vor seiner eigenen (rechtsextremen) Tür kehren, sondern erscheint es geboten, sich nüchtern mit dem neuen Phänomen zu befassen, vor allem unter dem Aspekt der politischen Zukunft des bundesrepublikanischen Staatswesens. Eine kritische Betrachtung wird den Fragen nachzugehen haben, welche Entwicklungen sich im rechtsextremen Flügel des deutschen Parteiwesens nach 1945 vollzogen, welche Bedingungen der innerdeutschen und internationalen Politik den Aufschwung des Rechtsradikalismus seit 1965 begünstigt haben, welche Ideen die neue Rechte anzubieten, welche Ressentiments sie zu mobilisieren vermag, auf welche Wählergruppen und sozialen Schichten sie ihre Hoffnungen setzt und welche Zukunftschancen ihr einzuräumen sind¹.

Der organisierte Rechtsradikalismus nach 1945

Als sich in den ersten Monaten nach der alliierten Besetzung parteipolitische Gruppierungen in Deutschland wieder zu regen begannen, bildete sich zunächst ein Dreikräftesystem, mit einer christlich-demokratischen Rechten, einer sozialdemokratischen Mitte und einer kommunistischen Linken. In diesem System fehlten jene Weimarer Strömungen rechts von Zentrum und Deutscher Volkspartei, die in der ersten Republik das Feld rechtsextremer und nationalistischer Ideologien bestellt hatten, was teilweise in den alliierten Lizenzierungsverfahren und strikter Besatzungskontrolle, teilweise in der innerdeutschen Reaktion auf die Geschehnisse von 1933—1945 seine Erklärung fand. Der totale Zusammenbruch weckte die Bereitschaft der Mehrheit des deutschen Volkes, mit den Verführern von rechts abzurechnen, deren innere und äußere Politik die Grundlagen des Bismarckreiches zerstört und den deutschen Namen mit Schande beladen hatte. Aber der Wille zur innerdeutschen Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und seinen bis zur Selbstauflösung 1933 kollaborierenden Trabanten aus dem konservativen Lager wurde durch die Entnazifizierungs- und Umschulungs-Maßnahmen der Alliierten geschwächt. Der öde Schematismus dieses pseudorechtlichen Verfahrens, der nichts vom Zwangscharakter des Mitläufertums in totalitären Systemen wußte, die erbitternde moralische Selbstgerechtigkeit, die sich mit der Strafgewalt der Besatzungsmächte verband, haben eine Trotzreaktion, eine unbeabsichtigte Solidarität auch mit den zu Recht Verfolgten erzeugt. Die Entnazifizierung hat so eher zu einer oberflächlichen sozialen Um-

gruppierung als zu einer tiefreichenden Neubesinnung der deutschen Gesellschaft geführt.

Kaum begannen sich die Nachwirkungen des Zusammenbruchs von 1945 im Bewußtsein der Bevölkerung zu verwischen, als nationalistische Ressentiments gegen die Sieger — nach dem Muster von Weimar — wieder Boden gewannen, sich die Weimarer Rechte wieder zu regen anfing und die durch die Denazifizierung vom Staatsdienst Eliminierten aufgehrten². Jene Gruppen, die seit 1947 Restposten konservativer, deutschnationaler und nationalsozialistischer Ideologie offen verkaufsten, wie etwa die Deutsche Rechtspartei in Niedersachsen oder die Nationaldemokratische Partei in Hessen, organisierten sich und erlangten Bedeutung zwar nur auf regionaler Ebene, verschwanden auch bald wieder. Rechtsextreme Kreise jedoch, die zunächst eine gewisse Zurückhaltung übten, gewannen Einfluß in den auch auf Bundesebene repräsentierten Organisationen der Deutschen Partei (DP) und der Freien Demokraten (FDP), was diese erneut mit dem traditionellen Dilemma des deutschen Liberalismus, dem Spannungsverhältnis von (sozial-)liberalem und (antimarxistisch-)nationalem Flügel konfrontierte³. Als die Besatzungsmächte einige Monate nach Gründung der Bundesrepublik den Lizenzzwang für deutsche Parteien aufhoben, erübrigten sich auch auf Bundesebene Methoden der Mimikry: Nationalsozialisten und Teile der Konservativen, denen die Entnazifizierungs-Spruchbescheide das aktive und passive Wahlrecht genommen hatten, sammelten sich vor allem in der Sozialistischen Reichspartei (SRP), die 1951 in Niedersachsen 11% der Wählerstimmen und einen aufsehenerregenden Erfolg errang. Die SRP bekannte sich unverhüllt zur Weiterexistenz des Dritten Reiches (verkörpert in der Person des in Spandau inhaftierten Großadmirals Dönitz) und wies in ihrem Programm antisemitische und antidemokratische Tendenzen auf⁴. Folgerichtig wurde die Partei 1952 vom Bundesverfassungsgericht verboten (gemäß Art. 21 Abs. 2 GG), wobei der rasche Zerfall der straff organisierten, neofaschistischen SRP überraschte.

Das nächste Jahrzehnt führte den Rechtsradikalismus bei Bundes-, Landes- und Gemeindewahlen in eine hoffnungslose politische Isolierung, die er durch seine organisatorische Zersplitterung und wachsende Radikalität selbst mit heraufbeschwor⁵. Es gelang den rechtsextremen Strömungen nicht, sich über persönliche Rivalitäten hinweg auf einen gemeinsamen «Führer» zu einigen oder das lose Bündel emotionaler Anti-Haltungen und Ressentiments in ein von allen anerkanntes politisches Aktionsprogramm umzuformulieren. Dutzende neonazistischer Zirkel — etwa ein «Deutschblütiger Bund der Rächer Arabiens», ein «Bund für Wahrheit und Recht», der «Bund für Gotterkenntnis» der Mathilde Ludendorff —, viele Jugendbünde, darunter der 1962 vom Bundesinnenministerium verbotene «Bund Vaterländischer Jugend», die «Wiking-Jugend», der «Jugendbund Adler» —, eine Reihe rechtsextremer Parteien — darunter die Deutsche Reichspartei (DRP) und die Deutsche Freiheitspartei (DFP) — bemühten sich erfolglos um Mitglieder, Jugendliche und Wähler.

Frage man nach den Ursachen dieses Mißerfolges der Rechten, muß neben ihrem Mangel an attraktiven Persönlichkeiten, ihrer organisatorischen Zersplitterung und programmatischen Unausgegorenheit auch die *partei- und koalitionspolitische Taktik* Konrad Adenauers erwähnt werden. Adenauers politischer Instinkt, geschärft an den Weimarer Erfahrungen, ließ ihn die Gefahren der seit 1947 wieder auftauchenden nationalistischen und antiwestlichen Ressentiments erkennen, durch deren systematische Pflege die «Nationale Opposition» das innenpolitische Klima radikalisieren und vergiften konnte. Um sie kontrollieren zu können, bezog der gewiegte Taktiker 1949 die rechten Gruppen im Bundestag in die Koalition mit der CDU/CSU ein; es gelang ihm nicht nur, sie auf seine prowestliche «Erfüllungs»- und «Vorleistungspolitik» zu verpflichten, er nutzte die daraus entspringende politische «Schizophrenie» zur allmählichen Abnützung und Aufreibung der rechten Koalitionspartner. Schon 1953 entwickelte der rechte Flügel der CDU/CSU eine starke Anziehungskraft, die dann sowohl die FDP wie auch den «Block Heimatvertriebener und Entrechteter» (BHE) spaltete, und 1957 war der Sog so gewachsen, daß neben einer geringfügig reduzierten FDP nur noch die DP als rechtsorientierte Gruppe durch ein Wahlabkommen mit der CDU die Sperrklauseln des Wahlrechts überspringen konnte.

Erst seit etwa zwei Jahren zeitigen die Sammlungsbemühungen im Lager der «Nationalen Opposition» gewisse Erfolge, nimmt die rechtsextreme Aktivität in der Bundesrepublik zu. Der seit 1962 jährlich veröffentlichte Erfahrungsbericht des Bonner Innenministeriums über den Rechtsradikalismus in der Bundesrepublik weist für das Jahr 1965 neue Entwicklungen nach⁶: Verfall und Zersplitterung der Rechten und ihrer Publikationen sind steigender Mitglieder- und Leserzahl und Konzentration gewichen; gleichzeitig hat sich die Zahl nationalsozialistischer und antisemitischer Schmieraktionen, Bedrohungen und terroristischer Brandstiftungen im Vergleich zu 1964 mehr als verdreifacht (von 171 auf 521 Fälle). Bei den Bundestagswahlen von 1965 warben nur noch zwei Rechtsgruppen um Wählerstimmen, die NPD, in der sich die Mitglieder der DRP mit Restverbänden der DP und teilweise der Gesamtdeutschen Partei (GPD/BHE) verbunden hatten, sowie die Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher (AUD), die die Anhänger der DFP, der ehemaligen Deutschen Gemeinschaft (DG) und nationalistische Splittergruppen vereinigte⁷. Zwar wurde die AUD von den Wählern nicht beachtet, mußte sich die NPD mit 2% der Stimmen begnügen; 1966 jedoch gelang dieser Partei bei Landtagswahlen der Sprung über die Sperrklauseln. Zu Beginn des Jahres stellte sich die NPD zu kommunalen Testeinsätzen bei Gemeindewahlen in Schleswig-Holstein, Bayern und bei der Hamburger Bürgerschaftswahl. Während sie in Hamburg scheiterte (trotz Stimmenzuwachs von 1,8%, bei der Bundestagswahl auf 3,9%), drang sie zum Beispiel mit 11,2% in Oldenburgs, mit 8,4% in Bayreuths Rathaus ein. Der Ruck nach rechts bestätigte sich bei den Landtagswahlen in Hessen und Bayern im November, wo die Partei mit 7,9% der Stimmen (8 Abgeordnete) und 7,4% (15 Abgeordnete) in die Landes-

parlamente einzog (in einzelnen Wahlkreisen erreichte sie mehr als 15% der abgegebenen Stimmen).

Seit 1965 beginnt sich die parteipolitische Szenerie in der Bundesrepublik zu wandeln, das Monopol der etablierten Parteien auf Repräsentation der Wähler bröckelt ab. Die Ursachen dieser Entwicklung sind in der internationalen wie innerdeutschen Politik zu suchen.

Der Wandel der internationalen Politik in den sechziger Jahren und seine Auswirkungen auf die Bundesrepublik

1945 schien die seit Ende des neunzehnten Jahrhunderts dominierende Kraft der Weltpolitik, der Nationalismus, in den Trümmern Europas untergegangen. Zwei internationale Katastrophen und seine totalitäre Überspitzung im NS-Deutschland hatten ihn in Europa diskreditiert. Dazu kam die verspätete Einsicht, daß mit der Konsolidierung der bolschewistischen Revolution nationalstaatliche Fronten und Loyalitäten in ihrer realpolitischen Bedeutung gemindert und von neuen Solidaritäten ideologisch-gesellschaftspolitischer Herkunft überlagert worden waren. Der weltweite sowjetische Expansionismus und Messianismus, die Eingliederung Osteuropas in das stalinistische Imperium, förderte Westeuropas von den USA kräftig unterstützte Bereitschaft, in größeren politischen Einheiten als der nationalen zu denken und zu handeln. Internationale Politik bis zum Ende der fünfziger Jahre war ideologie-, macht- und sicherheitspolitisch motivierte Blockpolitik, deren Risiken aus dem «brinkmanship», dem beiderseitigen Anspruch auf «roll back» des Kontrahenten erwuchsen. Eine gewisse Auflockerung der starren Machtkomponenten zeichnete sich nur im politischen Aufstieg der «Dritten Welt» ab, die aber selbst dem Blockdenken zuneigte und das Kräfteverhältnis der Atomgiganten nicht entscheidend beeinflussen konnte.

Dieses Schema der Weltpolitik hat sich in den sechziger Jahren entscheidend gewandelt. Das atomare Gleichgewicht hat einer zumindest zeitweiligen De-facto-Respektierung des Status quo, der beiderseitigen Einflußsphären, den Weg geebnet, hat eine Politik der Entspannung begünstigt, in deren Zeichen die festgefügten Blöcke sich lockerten und nationale Eigeninteressen einen beträchtlichen Spielraum gewannen. Die nach Stalins Tod einsetzende Liberalisierung im Ostblock, das aus zunehmenden Erfolgen in der gemeinsamen Wirtschafts- und Militärpolitik resultierende neue Selbstbewußtsein Westeuropas, das im Gefolge de Gaulles Interessendifferenzen mit der amerikanischen Führungsmacht realisierte, haben, neben anderen Faktoren (der schwindenden Furcht vor einer sowjetischen Aggression in Europa etwa), zu einer «Renaissance des Nationalismus in Europa» geführt, die in mehrfacher Hinsicht auch auf die Bundesrepublik einwirkte⁸.

Seit geraumer Zeit deutet sich in der Bundesrepublik ein geistiger Prozeß an, der sich als Abkehr vom internationalistisch-atlantisch-europäischen und Hinwendung zu einem mehr isolationistisch-nationalen Denken charakterisieren läßt.

Dieser Prozeß vollzieht sich als Funktion des wiedererwachten europäischen Nationalismus wie des veränderten politischen Stellenwerts der Bundesrepublik in der internationalen Politik. Das deutsche Verlangen nach *Integration* in größeren politischen, militärischen und wirtschaftlichen Gemeinschaften, das sich als Reaktion auf einen übersteigerten Nationalismus und seine Konsequenz des nationalen Kontinuitäts- und Identitätsverlusts nach 1945 erklärte, ist in den sechziger Jahren auf wachsende Widerstände bei anderen westlichen Nationen gestoßen, die in der Verfolgung nationaler Eigeninteressen Integrationsprozesse verlangsamten oder bestehende Integrationsgebilde abbauten. Der Zusammenprall zwischen deutscher Bereitschaft zur Supranationalität und europäisch-atlantischen Realitäten hat in der Bundesrepublik eine skeptische Ernüchterung heraufbeschworen, die einen gleichsam *inhaltlos-negativen, ungeformten Nationalismus* begünstigt. Er wird verstärkt durch eine anderer Dimension entspringenden Desillusionierung. Die weltpolitische Konstellation der ersten Nachkriegszeit hatte der Bundesrepublik im Schachspiel der Großmächte eine Schlüsselposition eingeräumt, die im Zusammenhang mit dem wirtschaftlichen Aufstieg die Deutschen reale Fakten übersehen ließ, die sich aus dem angezettelten und verlorenen zweiten Weltkrieg ergeben: daß Deutschland auf den Status einer Mittelmacht abgesunken ist, daß die Welt auf lange Zeit von tiefem Mißtrauen gegen Deutschland erfüllt und die Rechnung für den NS-Imperialismus noch zu begleichen sein würde. Der Übergang vom Kalten Krieg zur den Status quo respektierenden Entspannung hat den politischen Stellenwert Bonns drastisch verringert und das latent stets vorhandene Mißtrauen auch im Westen aktiviert gegen eine Macht, die eben diesen Status quo in Mitteleuropa nicht akzeptieren will noch kann. Die Bundesrepublik spürt ihre gesunkene Bedeutung und partielle Isolierung am wachsenden Unwillen ihrer Verbündeten, sich weiterhin für westdeutsche Positionen in der Deutschlandfrage aktiv zu engagieren und die sicherheitspolitischen Interessen des Bonner Partners angemessen zu berücksichtigen. Dieser Kurssturz hat in Westdeutschland verständlicherweise solche Reaktionen ausgelöst, wie sie einem verletzten Selbstgefühl und einer enttäuschten Vertrauensbereitschaft entspringen, Reaktionen, welche die oben erwähnten Tendenzen zu einem negativen (oder defensiven) Nationalismus verstärkt haben.

Dieser neuen geistigen Disposition entspricht nun aber auch ein *positiver, die eigene Staatsraison bewußt akzentuierender Nationalismus* (wobei der Begriff «Nationalismus» zunächst wertneutral verstanden sein soll), den führende deutsche Politiker und konservative Intellektuelle seit einiger Zeit pflegen, und der auf beträchtlichen Widerhall in der Öffentlichkeit stößt⁹. Ludwig Erhard und Franz-Joseph Strauß haben ihm etwa bei der Regierungserklärung vom 10. November 1965 und der sich anschließenden Debatte Ausdruck verliehen, der erste, indem er pathetisch das Ende der Nachkriegszeit verkündete und ein neues politisches Selbstbewußtsein der Deutschen forderte, der andere, indem er jeder weiteren «Diskriminierung und Diffamierung» des deutschen Volkes den Kampf

ansagte und mit dem Hinweis auf das Wirtschaftspotential der Bundesrepublik ein größeres politisches Mitspracherecht verlangte. Eugen Gerstenmaier setzt sich seit geraumer Zeit für ein neues Nationalbewußtsein der Deutschen ein, weil sie sich sonst als Nation nicht behaupten könnten¹⁰. So sehr solchen Ideen der Stempel des Vagen und Formelhaften anhängt, was etwa Sontheimer darlegt, so sehr etwa Autoren wie Armin Mohler, Winfried Martini oder der kürzlich verstorbene Hans Zehrer altvertraute Ressentiments und antiquierte oder diskriminierte politische Ordnungsvorstellungen als Wegweiser einer zukünftigen Politik empfehlen, wirken sie doch auf eine nationalen Tönen wieder aufgeschlossene Gesellschaft. Die erregten Auseinandersetzungen vom Frühjahr 1965 über die Frage, ob die Verjährungsfrist für Massenmorde verlängert werden sollte oder nicht, dürfen als Symptom eines Klimas gewertet werden, in dem auch so makabre Dinge wie die Kranzniederlegung am Grab von Kriegsverbrechern in Landsberg durch NPD-Führer oder die extremistischen Tiraden der «National- und Soldatenzeitung» zunehmend als zu übersehende «Kavaliersdelikte» betrachtet werden.

Jede Auseinandersetzung mit der NPD muß von dem Faktum ausgehen, daß ihren Erfolgen Tendenzen eines neuen Nationalismus zugrunde liegen, die diese Partei *nicht erzeugt*, von denen sie vielmehr *profitiert* hat. Im Windschatten veränderter geistiger Haltungen kann der Rechtsradikalismus in der Bundesrepublik wieder Fuß fassen und sie in seine eigenen Dienste stellen.

Sozio-politische Zielsetzungen des Rechtsradikalismus in der Bundesrepublik

Der erwähnte Bericht des Bonner Innenministeriums bemerkt zu Recht, daß das antidemokratische Lager von links und rechts aus ideologischen und taktischen Gründen den Sinngehalt des Begriffs «Rechtsradikalismus» einseitig zu verengen oder gar zu entstellen versucht. Der kommunistischen Propaganda zufolge stellen rechtsradikale Tendenzen einen immanenten Bestandteil jeder Demokratie «im System des Monopolkapitalismus» dar, wobei jedwede Abwehrhaltung gegenüber dem Kommunismus als Beweis für Existenz und Wirksamkeit dieser Tendenzen erscheint. Die kommunistische Auslegung des Begriffs «Rechtsradikalismus» klammert das Phänomen eines übersteigerten Nationalismus insoweit aus, als selbst militant nationalistische Gruppen so lange nicht als rechtsextrem bezeichnet werden, als sie sich im Ost-West-Konflikt neutral oder gar prokomunistisch verhalten. Auf der anderen Seite versucht das «Nationale Lager» den Begriff «Rechtsradikalismus» als kommunistische Erfindung abzuwerten, der keine Realität entspreche; bestenfalls anerkennt man bei schon verbotenen rechtsextremen Gruppen gewisse faschistische Neigungen.

Alle demokratischen Tarnmanöver können jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß die NPD eine rechtsradikale Organisation darstellt, die, wie ihr Manifest ausweist (ein detailliertes Aktionsprogramm besitzt diese Partei nicht!), aus dem Jahrzehntealten Arsenal der Ressentiments und Emotionen der «Natio-

nalen Rechten» all jene auswählt, die ihr noch zeitgemäß erscheinen¹¹. Der Begriff «Rechtsradikalismus» beinhaltet zunächst einmal einen *übersteigerten Nationalismus*, «ein Nationalgefühl, das sich gegen Selbstkritik verhärtet, und dem die Abneigung gegen die anderen wichtiger geworden ist als die Liebe zum Eigenen»¹². Wo Nationalgefühl, zumeist aus gestörtem Selbstbewußtsein, starr und aggressiv wird, sich in Ressentiments nach außen und innen entlädt, schlägt es in Nationalismus um. Rechtsradikale verabsolutieren das eigene Volk, die eigene Nation, und begegnen daher «rassischen» und «völkischen» Minderheiten (den Juden etwa, oder aktuell: den Gastarbeitern!) mit Unduldsamkeit. Das irrationale Aufbegehren gegen wirkliche oder vermeintliche außenpolitische, wirtschaftlich-soziale oder kulturelle Bevormundung oder Unterjochung ist ein stereotypes Merkmal rechtsradikaler Erneuerungs- und Befreiungsprogrammatik. Die außenpolitischen Ressentiments der NPD bewegen sich in ausgetretenen Bahnen: Kampf gegen die «Lüge von der deutschen Alleinschuld» am Zweiten Weltkrieg, Kampf gegen den «Protektoratscharakter der Bonner Republik», gegen den «Ungeist der Unterwerfung», gegen die «Entmündigung durch raumfremde Mächte», die sich im «Ausverkauf unserer Grundindustrien an Weltkonzerne», in der «Fortzahlung getarnter Kontributionen» (das heißt Entwicklungshilfe!) und unseren außenpolitischen Bindungen demonstrieren. Die NPD will demgegenüber «eine von fremden Interessen unabhängige deutsche Politik» realisieren, welche die Teilung der Nation nicht «gefügig» hinnimmt und die ohne Verzichtbereitschaft die «Lebensrechte des deutschen Volkes auf die Gebiete, in denen das deutsche Volk seit Jahrhunderten gewachsen ist», verficht. (Alle Zitate aus dem NPD-Manifest.)

Ein zweites Kennzeichen des politischen Radikalismus von rechts (das ihn in manchem mit dem von links verbindet) offenbart sich in seinen innenpolitischen Affekten, *seiner Gegnerschaft gegen die freiheitlich-demokratische Staatsordnung* und die *sozialen Wandlungsprozesse in der modernen Industriegesellschaft*. Gerade in Deutschland hat der Rechtsradikalismus immer versucht, antidemokratische, antiparlamentarische, antiliberalen, antimarxistische, aber auch antikapitalistische Tendenzen zu einem Bündel zu schnüren und politisch zu verkaufen.

Sicherlich muß sich der bundesrepublikanische Rechtsradikalismus in seiner antidemokratischen und antiparlamentarischen Agitation größerer Zurückhaltung befleißigen als seine Vorgänger. Einmal hat der Nationalsozialismus autoritäre Leitbilder pervertiert und diskreditiert, zum anderen hat der Parlamentarische Rat im Bundesverfassungsgericht einen Hüter der freiheitlich-demokratischen Staatsordnung bestellt, der verfassungsfeindliche Parteien verbieten kann. Dennoch werden von der Legion revisionistischer Autoren und verschiedener rechtsradikalen Gruppen innerpolitische Ideen propagiert, die sich oft nur noch am Rande der Legalität bewegen¹³. Die Bundesrepublik wird als «Scheindemokratie» bezeichnet, in der die «Bonner Lizenzparteien» (übliche Sprachregelung bei NPD-Veranstaltungen) das Volk mediatisieren, das Parlament zum Schauplatz unwür-

diger Intrigen unkontrollierbarer Gruppen degeneriert, die Wahlen pseudodemokratische Tarnmanöver oligarchischer Cliques darstellen. Jener seit den Tagen Hegels und Lorenz von Steins in Deutschland tiefverwurzelte Antiparteienaffekt und Antiparlamentarismus wird hier einmal mehr aktiviert. Der komplizierte politische Mechanismus der repräsentativen Massendemokratie soll durch eine einfachere, überschaubare Ordnung ersetzt werden, «durch die natürliche Ordnung einer echten Demokratie» (NPD-Manifest), in der Persönlichkeiten, elitäre Gruppen und die Stände die politische Herrschaftsausübung bestimmen¹⁴.

Die Fixierung auf die Vergangenheit erweist sich besonders deutlich an den gesellschaftspolitischen Vorstellungen rechtsradikaler Kreise. Die soziologischen Strukturwandlungen des industriellen Zeitalters, die Emanzipation der Gesellschaft zur grundsätzlichen Gleichheit der Teilnahmechancen am sozio-politischen und ökonomisch-kulturellen Leben, sollen zugunsten der Traditionen des autoritären Obrigkeitstaates rückgängig gemacht werden, der die wirtschaftlich-soziale, politische und auch die kulturelle Konkurrenz der modernen, pluralistischen Gesellschaft zu unterbinden und sie im Interesse einer sozialen Minorität mit einer illusionären Staats- und Gemeinschaftsideologie im Zustand permanenter Entmündigung zu konservieren versuchte. Bauerntum, Mittelstand, der kleine und mittlere Unternehmer — sie sind die «wichtigsten Träger einer gesunden Volkswirtschaft», sie ermöglichen eine weitgehende Autarkie, die «politische Handlungsfreiheit gewährt», also gilt es, diese Gruppen dem marktwirtschaftlichen Wettbewerbsprinzip und dem Gesellschaftswandel des industriellen Zeitalters zu entziehen. «Um den Bildungsanspruch und die Würde einer alten Kulturnation» zu wahren, müssen die «zersetzenden Meinungsmonopole in Fernsehen, Funk und Film» aufgehoben und jene «gewissenlose Clique» ausgeschaltet werden, die «unsere nationalen, moralischen und sittlichen Werte systematisch unterhöhlt und verächtlich macht» (NPD-Manifest).

Sicher unterscheidet sich die NPD in ihren politischen Zielsetzungen von früheren rechtsradikalen Gruppen und Parteien, von der NSDAP etwa: öffentliche Propagierung von «Revanchekrieg»-Ideen und «Lebensraum»-Imperialismus sind verboten, offener Antisemitismus desgleichen; mit ihm ist gegenwärtig ohnehin nicht viel Stimmung zu machen, ebensowenig mit «Herrenrassen»-Konstruktionen. Unsere Gegenwart hat neue Ressentiments ermöglicht: gegen Gastarbeiter, gegen Entwicklungshilfe, gegen «vaterlandslose» Emigranten und Widerständler. Andrerseits drängen sich — bis in den Wortlaut hinein — so viele programmatische Parallelen und Kontinuitäten von Ressentiments und irrationalen Haltungen auf, etwa

der Kampf gegen alle Art von Zersetzung und Überfremdung, für sittliche Erneuerung, für die deutsche Mutter und gegen die Dirne, für nationale Würde und gegen Intellektuelle, Gewerkschaften, Verzichtspolitiker und Nestbeschmutzer, gegen Kommunisten und — amerikanische — Kapitalisten¹⁵,

daß sie die Behauptung rechtfertigen, in der NPD lebten NS-Traditionen weiter.

Das Mitglieder- und Wählerpotential der NPD

Der augenblickliche Stand der soziologischen Untersuchungen erlaubt noch nicht, endgültige Aussagen über die soziale Zusammensetzung der NPD, ihrer Wähler und Mitglieder, zu machen, obwohl die exakte Kenntnis dieses Faktums helfen würde, die Frage zu klären, ob die NPD bloß eine vorübergehende Erscheinung oder aber ein Phänomen auf Dauer sei. Übereinstimmung besteht darüber, daß im Mitglieder- und Funktionärskörper ehemalige Nationalsozialisten und Deutschnationale dominierende Positionen innehaben, was schon für die DRP als Vorläuferin der NPD zutraf. Von den 18 Mitgliedern des ersten NPD-Vorstandes waren mehr als die Hälfte ehemals aktive Nationalsozialisten, und die Vorstandswahlen beim zweiten NPD-Bundesparteitag in Karlsruhe 1966 haben diese Situation nicht wesentlich verändert; ähnlich verhält es sich mit der Zusammensetzung der Führungsgremien zahlreicher regionaler Parteiorgane. Beobachter aus allen Teilen der Bundesrepublik konstatieren darüber hinaus einmütig «nazistische Selbstenthüllungen» bei Wahl- und Parteiveranstaltungen der NPD, was die rechtsextreme Mentalität weiter Kreise der NPD-Gefolgschaft demonstriert. Regierungsdirektor Bessel-Lorck vom Bundesamt für Verfassungsschutz hat bei einer Informationstagung für Führungskräfte der Europa-Union Anfang März in St. Goarshausen 35 Prozent aller NPD-Mitglieder als «nazibelastet» eingestuft, wobei eine nominelle Mitgliedschaft zur NSDAP noch nicht einmal mitgerechnet sei. In der Führungsgruppe der NPD beträgt der Anteil derer, die als «nationalsozialistisch» gelten können, nach Mitteilungen des Amtes für Verfassungsschutz sogar 76 Prozent. Das deutschnationale Element in der Partei, etwa der Bundesvorsitzende Fritz Thielen und seine Gefolgschaft, pflegt den neudeutschen Nationalismus, versucht aber dabei, Auswüchse radikaler Aktivisten zu unterbinden. Der seit geraumer Zeit zu beobachtende Richtungskampf zwischen der Thielen-Gruppe und den Anhängern des stellvertretenden Bundesvorsitzenden Adolf von Thadden¹⁶ und des Parteiideologen Otto Heß, die sich überwiegend aus ehemaligen DRP-Kadern rekrutieren, der sich gegenwärtig zu einem Kampf um die letzten, vom deutschnationalen Element noch behaupteten politischen Führungspositionen im Parteiapparat ausweitet, signalisiert Spaltungserscheinungen in der NPD, die ihre «Gemeinschafts-» und «Geschlossenheits»-Propaganda Lügen strafen. Die turbulenten Ereignisse der letzten Wochen, die in Wahlmanipulationen konkurrierender Kräfte, gegenseitigen Parteiausschlüssen und der Anrufung ordentlicher Gerichte gipfeln, demonstrieren auch den undemokratischen Charakter der NPD-Parteisatzung, deren diktatorialer Zentralismus und vage gehaltene Kompetenzabgrenzungen willkürliche Entschlüsse begünstigen.

Größere Vorsicht ist bei der soziologischen Analyse des Wählerstammes geboten. Undifferenzierte Behauptungen mancher ausländischer Presseorgane, die Landtagswahlen in Hessen und Bayern hätten die Existenz von wenigstens 8% ehemaliger und neuer Nationalsozialisten in der Bundesrepublik offenbart, ver-

schleieren den wahren Sachverhalt. Gegen diese Theorie sprechen schon die Wahlergebnisse vergangener Jahre, in denen die verschiedenen Rechtsgruppen zusammen selten mehr als 2% der Stimmen ergattern konnten. Daß die Zahl dieses rechtsextremen Kerns sich urplötzlich vervierfacht haben soll, ist angesichts der sozio-politischen Verhältnisse in der Bundesrepublik wenig einleuchtend. Sicherlich hat der NPD-Appell an nationalistische Ressentiments Erfolge gezeitigt, erklären kann er allein den Zuwachs nicht. Gewisse Aufschlüsse birgt allerdings der Nachweis, daß die NPD vor allem in solche Wahlkreise einbrach, die früher Hochburgen der NSDAP verkörpert hatten¹⁷. Er läßt die Schlußfolgerung zu, daß bei einer Minderheit der Deutschen, die noch genauer umrissen werden muß (und deren potentielle Größe das Institut für vergleichende Sozialforschung der Kölner Universität auf mindestens 15% schätzt), autoritär-nationalistische Neigungen ausgenützt werden können, wenn ihre spießige Weltanschauung angesprochen wird, in der eine verschrobene Moral, die Abneigung gegen moderne Kunst, ein aus Enttäuschung oder Selbstüberschätzung erwachsener Hang zum Isolationismus, die Opposition gegen Entwicklungshilfe und Gastarbeiter verknüpft sind¹⁸.

Vorläufige soziologische Teilanalysen, demoskopisches Material und Mitteilungen von statistischen Landesämtern lassen die NPD-Wähler etwas schärfer bestimmen. Zunächst bestehen wenig Zweifel, daß Teile der Vertriebenen, manchmal noch in gestörtem Verhältnis zur westdeutschen Nachkriegsgesellschaft befangen, für die NPD votiert haben. Während die aus dem BHE hervorgegangene Gesamtdeutsche Partei (GPD/BHE) in Hessen im Vergleich zur Landtagswahl 1962 zwar nur 2% der Gesamtstimmen verlor, fiel sie in Bayern im gleichen Zeitraum von 5,1% auf 0,1%. Deutlicher wird der angedeutete Trend durch die Betrachtung einzelner Wahlkreise, die bisher als Hochburgen der GPD/BHE galten — hier hatte die NPD überdurchschnittliche Erfolge zu verzeichnen. Weiterhin kann der Vergleich der Landtagswahlergebnisse von 1962 und 1966 und der Bundestagswahl von 1965 die Vermutung bekräftigen, daß CDU/CSU und FDP einen gewissen Prozentsatz an Wählern der NPD abtreten mußten, eine Annahme, die an Sicherheit gewinnt, wenn man die für Landtagswahlen ungewöhnlich hohe Beteiligung in Hessen und Bayern berücksichtigt. Die NPD scheint nicht nur einen (relativ kleinen) Teil von Wählern gewonnen zu haben, die 1965 (vielleicht mit Vorbehalt) noch für die etablierten Parteien votierten, sondern auch Wählerschichten mobilisiert zu haben, die bisher (zumindest bei Landtagswahlen) nicht zur Urne gingen. Die Erfolge der NPD scheinen demgemäß einen massiven Protest gegen die «Bonner Parteien» anzudeuten; der deutsche Antiparteienaffekt und das seit geraumer Zeit wachsende Unbehagen an Politik und Organisation der etablierten Parteien wirken hier wohl zusammen. Die seit den letzten Amtsjahren Adenauers schwelende Krise in der Führungsspitze der CDU/CSU, die sich unter Erhards Kanzlerschaft fast zur Staatskrise ausgeweitet hätte, die Unfähigkeit der Kleinen Koalition, die aktuellen Wirtschafts- und Finanz-

probleme zu meistern, haben eine Unsicherheit ausgelöst, die sich in der Wendung zur NPD Ausdruck verschaffte. Der Wahlsoziologe Rudolf Widenmann hat in einem Interview mit der «Kölnischen Rundschau» bemerkt, die NPD habe vor allem in «kleineren, vorwiegend protestantischen Gemeinden mit viel kleinem Mittelstand und kleinen Selbständigen» günstige Voraussetzungen angetroffen; andere Analysen unterstellen Zuzug auch aus dem «gehobenen Mittelstand». Demoskopisches Material bekräftigt, daß Selbständige, freie Berufe und Angestellte (besonders protestantischen Glaubens) das Gros der NPD-Wähler ausmachen, eine Schicht also, die seit den Tagen Bismarcks stets zur Wanderung nach rechts aufbrach, wenn politische Instabilität oder Strukturwandlungen in der Wirtschaft ihre soziale Position und «Sekurität» bedrohten. Die SPD konnte den Unzufriedenen keine neue politische Heimat bieten, weil sie ihrem mit dem Godesberger Programm einsetzenden Entideologisierungsprozeß auch ein klar umrissenes Alternativprogramm zum Opfer gebracht hat. Der deutsche Wähler hat die «Amerikanisierung» unseres Parteiwesens, das heißt die programmatische Angleichung bei gleichzeitiger Präsentation unterschiedlicher Regierungsmannschaften, noch nicht voll akzeptiert, das Zwei- oder Dreiparteiensystem hat sich als Institution noch nicht so eingespielt, daß nicht extreme Flügelgruppen Wähler anziehen könnten, wenn sie Alternativen anbieten (so verwaschen sie auch sein mögen).

Die Chancen der NPD in der Bundesrepublik

Der Bonner Staat hat sich bisher positiv durch das Merkmal *demokratischer Stabilität* von Weimar unterschieden. Bedroht heute der Rechtsradikalismus auch die zweite deutsche Demokratie? Ganz sicher belastet die bloße Existenz der NPD die internationale Position der Bundesrepublik. Ein Blick in die westliche Presse, von osteuropäischen Zeitungen zu schweigen, genügt, um zu erkennen, wie jeder Stimmenzuwachs des rechten Flügels das Mißtrauen gegen Deutschland aktiviert. Die nationalen Ziele der Bundesrepublik können aber nur durch enge Zusammenarbeit mit ihren Verbündeten und Verständigungsbereitschaft mit ihren Gegnern, niemals aber gegen den Willen einer Weltöffentlichkeit erreicht werden, die einen rechtsradikalen Aufschwung in diesem Land befürchtet. Ein neuer Nationalismus könnte fatale Folgen für ein Volk haben, das an der noch immer ideologisch bestimmten Frontlinie zwischen West und Ost in zwei Staaten geteilt ist.

Die nervöse Reaktion der Bonner Parteien auf den Stimmenzuwachs der NPD verrät aber eher Zeichen der Sorge um die innerpolitischen Auswirkungen dieses Ereignisses. Weimarer Reminiszenzen stellen sich ein, die Furcht klingt an, der Rechtsradikalismus könne auch zum Schicksal der Bonner Republik werden. An Vorschlägen mangelt es nicht, wie dieser Gefahr zu begegnen sei: die NPD soll durch Verbot oder eine Wahlrechtsänderung (das heißt durch Erhöhung der

Sperrgrenze) ausgeschaltet werden, die demokratischen Parteien sollten in Zukunft selbst ein «gesundes Nationalgefühl» pflegen, um so der Rechten das Wasser abzugraben, man solle die Partei schlechtweg totschweigen oder sie schließlich als demokratische, rechte Flügelpartei akzeptieren und zur parlamentarischen Arbeit auffordern. Ob sich freilich die in solchen Vorschlägen implizierten Hoffnungen erfüllen werden, erscheint zweifelhaft. Die nachteiligen Konsequenzen eines Verbots (oder einer Eliminierung durch eine Wahlrechtsreform) liegen offen zutage: die betroffene Partei wird geneigt sein, sich im Untergrund illegal zu betätigen, wodurch die Wirksamkeit demokratischer Kontrollmöglichkeiten erheblich eingeschränkt wird; radikale Kreise der aufgelösten Organisation können im Wege der Unterwanderung oder des Neuanschlusses in die demokratischen Parteien eindringen, und schließlich werden die letzteren versucht sein, durch zunehmende Radikalisierung Wähler der verbotenen Partei an sich zu ziehen. Ähnlicher Skepsis muß der Vorschlag begegnen, den Rechtsradikalismus mit seinen eigenen Mitteln zu schlagen, durch «demokratische» Kultivierung eines neudeutschen Nationalgefühls: nicht nur spricht der Umstand gegen diesen Plan, daß noch immer die demagogischeren Kräfte einen solchen Wettbewerb für sich entschieden haben; schwerer wiegt noch die Frage, wie der positive Gehalt dieses neuen Nationalgefühls auszusehen habe¹⁹. In einem Volk, dessen Verhältnis zu seiner Geschichte zwiespältig und gebrochen ist, dessen räumliche, zeitliche und geistige Identität zum Problem geworden ist, muß der Inhalt nationalen Wollens notwendig im Vagen und damit demagogischen Manipulationen zugänglich bleiben. Wie soll ein Staatswesen wie die Bundesrepublik ein verpflichtendes Nationalbewußtsein entwickeln, «dem die anerkannten und rechtsgültig fixierten Grenzen, und damit nicht nur das Staatsgebiet, sondern auch das Staatsvolk fehlen»²⁰? Ein Staatswesen, «das nicht nur von fremden (wenn auch befreundeten) Mächten militärisch besetzt, sondern auch auf die Effektivität und Dauer dieser Besetzung politisch angewiesen ist», das sich gemäß dem Geist seiner Verfassung als Provisorium verstehen muß²¹?

Wieweit sich der Vorschlag des «Totschweigens» verwirklichen läßt und Erfolge zeitigt, kann mit Sicherheit nicht entschieden werden. Zweifelsohne profitiert die NPD von den hektischen Reaktionen im In- und Ausland, andererseits hat sie bisher bei beschränkten finanziellen Mitteln, dank der Opferbereitschaft ihrer Anhänger, beachtliche Werbeeffekte aus eigener Kraft erzielt. Schließlich übersieht die Idee der Kooperation mit einer als demokratisch akzeptierten NPD die historische Erfahrung — schon einmal sind Rechtsradikale in Deutschland durch gemeinsame Aktionen mit Gemäßigten hoffähig geworden, was ihren Durchbruch zur Macht begünstigte.

Die angeführten Möglichkeiten in ihrer Wirksamkeit zu bezweifeln heißt nicht, hilflos weitere Stimmengewinne der NPD abzuwarten. Die Chancen zur Abwehr der rechtsradikalen Gefahr sind noch gegeben: sie liegen zuerst in einer größeren Attraktivität demokratischer Politik und der sie tragenden Parteien in der Bundes-

republik. Die Wähler sind der permanenten Autoritätskrise in der politischen Führung überdrüssig geworden; sie suchen nach Alternativmöglichkeiten in einer Parteidemokratie, in der die Oppositionspartei die Taktik der Preisgabe ihrer Oppositionsfunktion zur Mehrung ihrer politischen Macht einschlug und gemeinsam mit der CDU/CSU das demokratische Prinzip des «government by discussion» in politischen Entscheidungsfragen vernachlässigt hat. Dem Zerfall politischer Macht soll die Große Koalition begegnen, die gegen lautstarke Interessenten ein Programm wirtschaftlicher und finanzieller Sanierung und gegen den außenpolitischen Immobilismus ideen- und sinnreiche Initiativen realisieren soll. Die Große Koalition birgt viele Risiken in sich: nicht nur fehlt zukünftig eine numerisch ausreichende, schlagkräftige Opposition im Bundestag (was die Bildung außerparlamentarischer Radikalismen begünstigt), sondern sie ist auch zum Erfolg verdammt, weil eine andere demokratische Alternative nun verwischt ist. Dabei muß sie einem verbreiteten Argwohn begegnen, sie repräsentiere nur ein Kartell der gegenseitigen Machterhaltung, das jedem seine Quote an Einfluß ohne Risiko sichere.

Die Parteien (wie andere öffentliche Führungsgruppen) sollten darüberhinaus gemeinsam mit den Erziehungsinstitutionen einen politischen Bildungsauftrag verwirklichen, der anstelle des fragwürdigen Versuchs, ein an der Tradition orientiertes Nationalgefühl zu restaurieren, als nationale Aufgabe der Deutschen die «Ausgestaltung einer freiheitlichen, sozial gerechten und friedliebenden Ordnung» sieht; «die freiheitlich-demokratische Ordnung in unserem Lande, das sei, wenn man partout es so haben will, unser Vaterland»²².

Die bisherige demokratische Stabilität der Bundesrepublik beruht auf angebaren Voraussetzungen: einer verfassungsrechtlichen Ordnung, die Radikalismen von rechts und links abgewehrt hat, dem gemeinsamen demokratischen Konsensus von Regierungs- und Oppositionsparteien und einer politischen Gesinnung, die Extremismen ablehnte, weil die Bundesrepublik außenpolitisch abgesichert und innenpolitisch durch ein stetig wachsendes Sozialprodukt und einen nahezu unerschöpflichen Staatshaushalt gekennzeichnet war, der die Integration der Pluralismen erleichterte. Sollten sich diese Stabilisierungsfaktoren der zweiten deutschen Demokratie weiterhin abschwächen, werden die Chancen realer politischer Machtzunahme für die NPD steigen. Noch ist die Behauptung übertrieben, eine Wiederkehr der NS-Herrschaft stehe vor der Tür. Weder hat die Rechte einen genialen Demagogen aus Braunau aufzuweisen, noch tragen die soziopolitischen Verhältnisse in der Bundesrepublik gegenwärtig psychopathische Merkmale. Die NPD ist keine bloße Neuauflage der NSDAP; aber sie kultiviert einen Nährboden, auf dem einst die NS-Bewegung gedeihen konnte. Noch ist es Zeit, sich gegen einen neuen Extremismus Jakob Burckhardts «Weltgeschichtlicher Betrachtungen» zu erinnern, in denen er die eindringliche Mahnung ausspricht, «durch Erfahrung nicht sowohl klug (für ein andermal) als weise (für immer) zu werden».

¹ Wenn im folgenden nur der Rechtsradikalismus in der Bundesrepublik betrachtet wird, soll darüber nicht vergessen werden, daß es auch in der SBZ ein «Nationales Lager» gibt, das in der National-Demokratischen Partei Deutschlands (NDPD) organisiert, allerdings jedoch in die «Nationale Front» integriert, zur gemeinsamen «Blockpolitik» gezwungen und gewissermaßen von der SED lizenziert und kontrolliert ist. ² Als Partei der «Heimatvertriebenen und Entrechten» konstituierte sich der BHE, der eine parteipolitische Ämterpatronage großen Stils entwickelte, mit dem Ziel, die «Entrechten» (d. h. die 1945 von den Alliierten aus dem Staatsdienst und anderen öffentlichen Ämtern Entfernten!) beruflich zu reaktivieren. ³ Zur Entwicklung der DP und FDP siehe F. R. Allemann: Bonn ist nicht Weimar, Köln/Berlin 1956, S. 274ff.; zum Rechtsradikalismus im ersten Jahrzehnt der Bundesrepublik insgesamt M. Jenke: Verschwörung von rechts? Ein Bericht über den Rechtsradikalismus in Deutschland nach 1945, Berlin 1961. ⁴ Vgl. dazu Rechtsradikalismus im Nachkriegsdeutschland. Studien über die Sozialistische Reichspartei, Berlin/Frankfurt 1957. ⁵ Nur die Deutsche Reichspartei (DRP) schaffte bei der Landtagswahl von Rheinland-Pfalz 1959 knapp die 5%-Klausel und gewann einen Sitz. ⁶ Der Bericht ist u. a. veröffentlicht in der Beilage B 11/66 (16. 3. 1966) zur Wochenzeitung «Das Parlament». ⁷ Dazu F. Richards: Nationale Opposition in der Bundesrepublik 1965, in: Polit. Studien, 16. Jg., 1965, S. 575ff. ⁸ R. Löwenthal: Renaissance des Nationalismus in Europa, in: Der Politologe. Berliner Zs. f. Polit. Wiss., 7. Jg., Ausg. 20, 1966, S. 3ff. ⁹ Siehe K. Sontheimer: Die Wiederkehr des Nationalismus in der Bundesrepublik, in: Tribüne, 5. Jg., 1966, S. 1924ff. ¹⁰ E. Gerstenmaier: Neuer Nationalismus?, Stuttgart 1965. ¹¹ Dazu E. Eppler: Die Gefahr von rechts, in: Die Zeit, 20. 5. 1966, S. 9; F. Richert: Die nationale Welle. Masche, Mythos und Misere einer neuen Rebellion von rechts, Stuttgart 1966; H. H. Knüller: Ideologien des Rechtsradikalismus im Nachkriegsdeutschland, Bonn 1962. ¹² O. H. v. d. Gablentz: Nationalismus und Nationalgefühl im heutigen Deutschland, in: Neue Deutsche Hefte, 13. Jg., 1966, S. 3. ¹³ Belege dafür bei H. H. Knüller: Demokratische Institutionen in der Sicht rechtsradikaler Kreise der Bundesrepublik, in: Polit. Vierteljahresschrift, 7. Jg., 1966, S. 189ff. ¹⁴ Den Unsinn ständestaatlicher Vorstellungen in der modernen Gesellschaft hat dargelegt W. Grewe: Parteienstaat oder was sonst?, in: Der Monat, 3. Jg., 1951, S. 563ff. ¹⁵ Eppler, a. a. O. ¹⁶ Adolph v. Thadden ist ein viel jüngerer Stiefbruder von Elisabeth v. Thadden, die von den Nationalsozialisten in grausamer Weise hingerichtet wurde. Irmgard von der Lühe berichtet in ihrem Buch «Ein Schicksal unserer Zeit» über diese Geschehnisse, gibt jedoch den Namen des Arztes, der Fräulein v. Thadden und ihre Freunde in perfidester Weise verriet, fälschlich mit *Reck* an. Tatsächlich hieß dieser Arzt *Reckzeh*. Es ist zu bedauern, daß der in der Schweiz angesehene Name Reck in dieser Weise missbraucht wird. (Anm. der Redaktion.) ¹⁷ Statistische Nachweise für diese Behauptung im Spiegel, 20. Jg., 1966, Nr. 49 (28. 11. 1966). ¹⁸ Manche Ingredienzen dieser Weltanschauung kamen schon der NSDAP zugute, einige neue sind hinzugetreten. ¹⁹ Diese Frage erörtern u. a. von der Gablentz und Sontheimer, a. a. O. ²⁰ E. Forsthoff: Die Bundesrepublik Deutschland. Umrisse einer Realanalyse, in: Merkur, 14. Jg., 1960, S. 807. ²¹ Ebda. ²² Sontheimer, a. a. O., S. 23.